



KPD

DAS ATOMPROGRAMM DER SCHMIDT-REGIERUNG MUSS FALLEN !

Unterstützt die Bauplatzbesetzung in Grohnde!

Am vergangenen Wochenende wurde das Kühlturmgelände des AKW-Grohnde besetzt. Mit diesem Schritt der **Bürgerinitiative Hameln** und anderer Bürgerinitiativen wurde der Planung im weiteren Bau des AKW Grohnde ein Strich durch die Rechnung gemacht!

Entgegen den Hoffnungen der AKW-Betreiber, jetzt über den Sommer den Bau des AKWs **weiterranzutreiben**, stellten die AKW-Gegner durch den Schritt der **Besetzung** klar: Im Widerstand gegen das Atomprogramm wird es keine Sommerpause geben!

Die erfolgreiche Besetzung, von wenigen AKW-Gegnern begonnen, findet heute die aktive **Unterstützung** hunderter auf dem besetzten Bauplatz selbst und die Sympathie tausender in der näheren und weiteren Umgebung. Die Besetzung ist die Fortsetzung der erfolgreichen und die Anti-AKW-Bewegung immer mehr verbreiternden Aktionen der Bürgerinitiativen von Why!, Brokdorf und Grohnde am 19. 3.

Die Errichtung des Lagers, der Bau von Freundschaftshäusern, das Anlegen von festen Wegen, all diese Schritte zeigen, daß die AKW-Gegner mit der Bauplatzbesetzung einen **Konzentrationspunkt des Kampfes** gegen das Atomprogramm der Schmidt-Regierung schaffen wollen. Die aktive Unterstützung der Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern, die umfangreichen Spenden an Holz, Gerätschaften, Essen und Geld, zeigen, daß Bauplatzbesetzer und Bevölkerung vereint sind um das gemeinsame Ziel:

DAS AKW MUSS WEG - DER BAUPLATZ MUSS WIEDER ZUR WIESE WERDEN !

DAS "OFFENE" WORT DER SCHMIDT-REGIERUNG ...

Der gemeinsame Kampf von Arbeitern, Bauern, Werktätigen, Schülern und Studenten, der in der **Besetzung** des Kühlturmgeländes und der massiven Unterstützung der Besetzer zum Ausdruck kommt, ist nicht nur ein Strich durch die Rechnung der **Preußen-Elektra**. Er ist auch ein empfindlicher Schlag gegen die Absichten der Schmidt-Regierung. Ein "offenes Wort" sprach die Schmidt-Regierung in ihrer letzten "Energiedebatte", indem sie den AKW-Kapitalisten versprach, daß sie den Widerstand der Bürgerinitiativen bis zum Herbst niedergeschlagen haben will. Dieser Zeitpunkt ist deshalb gewählt, weil dann mit dem Bau weiterer AKWs begonnen werden soll und sich die AKW-Betreiber durch das Urteil des **Oberverwaltungsgerichtes Lüneburg** (erneute Behandlung des Baustops von Brokdorf) **grünes Licht** durch ein **Grundsatzurteil** erhoffen. Die bisherigen Erfahrungen mit Gerichtsurteilen über Baustops zeigen - nicht "unabhängige" Gerichte entscheiden über den Bau von AKWs, sondern nur eine **breite Massenbewegung**, die auf die eigene Kraft vertraut und an dem demokratischen Recht auf **Bauplatzbesetzung** festhält, kann den Bau von AKWs verhindern. Der Baustop von Grohnde z. B. soll frühestens in **drei Monaten in Kraft** treten - bis zu diesem Zeitpunkt kann längst das Gericht in Lüneburg ein **Grundsatzurteil** im Interesse der AKW-Betreiber gefällt haben.

... HETZE UND KRIMINALISIERUNG DER AKW-GEGERNER

Ein wichtiges politisches Mittel der Schmidt-Regierung und ihres Staatsapparates zur **Niederschlagung** des breiten Widerstandes gegen das Atomenergieprogramm ist die Hetze und Kriminalisierung der AKW-Gegner. Wer das demokratische Recht auf Demonstration am Baugelände und Besetzung des Bauplatzes wahrzunehmen versucht, wird als "Terrorist" und "Krimineller" hingestellt. Hunderte von **Straf- und Ermittlungsverfahren** wurden gegen AKW-Gegner eingeleitet. Die Spitze der Angriffe richtet sich gegen diejenigen, die an vorderster Stelle Widerstand leisten, wie z. B. der Atomphysiker Prof. Jens Scheer, Mitglied der KPD, der durch seine praktische Teilnahme an den Widerstandsaktionen und durch seine theoretischen Ausarbeitungen über die Gefährlichkeit von AKWs einen großen Beitrag für die **Anti-AKW-Bewegung** leistet. Aber die Hetz- und Kriminalisierungskampagne der Bourgeoisie verfehlt ihr Ziel, die Isolierung der AKW-Gegner und Einschüchterung, die Unterstützung der Bauplatzbesetzer in Grohnde durch die Bevölkerung zeigt dies deutlich. Und trotz Berufsverbotsdrohungen und Straf- und Ermittlungsverfahren unterstützt auch Jens Scheer heute praktisch die Errichtung des Lagers auf dem Kühlturmgelände!

KEIN VERTRAUEN IN DIE GERICHTE - KEIN VERTRAUEN IN "ATEMPAUSE" - ARGUMENTE FESTHALTEN AM ENTSCHIEDENEN KAMPF !

Gerade angesichts der Pläne der Schmidt-Regierung ist die Besetzung des Kühlturmgeländes in Grohnde ein richtiger Schritt. Ein richtiger Schritt ist dies auch gegen die Argumente von der "Atempause" oder "Moratorien", in denen das "für und wider" von AKWs "sorgfältig" und "unabhängig" abgewägt werden soll. Diese Rufer nach "Unabhängigkeit" und "Objektivität" haben nicht das Interesse der breiten Mehrheit im Auge, sondern wollen diese durch solche "ausgewogenen" Positionen beschwichtigen. Sie sind der Meinung, wie Teile der unteren Chargen von SPD oder FDP, daß AKWs mit ein paar weniger Megawatt sicherer sind!? Andere wieder, vor allem Vertreter der sogenannten D"K"P meinen, daß die Bevölkerung beim Bau von AKWs "mitbestimmen" soll und verweisen auf das Beispiel des "realen Sozialismus", die DDR. Was zeigt uns dieses "Beispiel" : die AKWs in der DDR sind noch weniger sicher als bei uns, die Bevölkerung der DDR hat nicht die minimalsten Widerstandsrechte und schon gar nicht "bestimmt" sie über den Bau von AKWs, denn die DDR ist kein Beispiel für Sozialismus oder Herrschaft der Arbeiterklasse, sondern ein Beispiel für Faschismus, die Herrschaft einer neuen Bourgeoisie! Die AKW-Gegner weisen diese Argumente für "Mitbestimmung" zu recht zurück - sie wollen nicht "mitbestimmen" bei diesem durch und durch volksfeindlichen Energieprogramm.

Die KPD unterstützt aktiv die Besetzung des Kühlturmgeländes und erklärt sich solidarisch mit den Platzbesetzern. Denn entgegen der Propaganda der AKW-Betreiber ist Atomenergie

1. absolut schädlich für die Gesundheit des Menschen. Schon im Normalbetrieb gibt jedes AKW soviel Radioaktivität ab, daß dadurch Krebs erzeugt wird und Erbschäden bei Neugeborenen auftreten. Verheerende Folgen treten ein, wenn durch einen Unfall ungehindert radioaktive Strahlung freigesetzt wird. Solche Unfälle sind ohne weiteres möglich, wie Grundremmungen zeigte.
2. sichert sie nicht die viel beschorene Unabhängigkeit, sondern verstärkt die Abhängigkeit in der Energieversorgung. Denn das für die Produktion notwendige angereicherte Uran wird in erster Linie von den beiden Supermächten USA und Sowjetunion geliefert. Gegen die Abhängigkeit von den beiden Supermächten treten wir für die Nutzung einheimischer Energiequellen ein, sowie für gleichberechtigte Beziehungen zu den Ländern der 3. Welt.
3. schafft sie keine neuen Arbeitsplätze und sichert sie auch nicht. Den wenigen hundert neuen Arbeitsplätzen, z. T. auch nur kurzfristigen, stehen die zehntausende von Bergleuten gegenüber, die in den letzten Jahren auf die Straße geflogen sind, weil angeblich keine Arbeit mehr da ist. Daß diese Argumente gerade von Gewerkschaftsführern wie Loderer und Co gebraucht wird, die doch wesentlich mitverantwortlich sind für die Massenentlassungen in vielen Betrieben, verwundert nicht, wenn man weiß, daß sie z. T. selbst in den Aufsichtsräten der AKW-Betriebe sitzen.

Die KPD, die 1970 neu gegründet wurde, kämpft für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Deutschland. Sie kämpft heute insbesondere gegen die Kriegsgefahr, die von den beiden imperialistischen Supermächten USA und Sowjetunion ausgeht, besonders vom sowjetischen Sozialimperialismus. Sie unterstützt den Kampf der Völker und Länder der 3. Welt, die heute die Hauptkraft bilden im Kampf gegen Imperialismus, Rassismus und Kolonialismus, vor allem gegen das Vorherrschaftstreben der USA und des sowjetischen Sozialimperialismus. Die KPD kämpft gegen die wachsende faschistische Gefahr in der BRD und die sozialfaschistische Unterdrückung in der DDR. Sie tritt ein gegen Atomkraftwerke in der BRD und der DDR, sei es in Grohnde oder in Magdeburg.

Die KPD unterstützt voll und ganz die Beschlüsse der Bundeskonferenz der Bürgerinitiativen vom 13. / 14. 5. in Hannover, in denen festgehalten wurde, daß das Atomprogramm der Schmidt-Regierung als ganzes bekämpft werden muß, daß auf dem Recht auf Bauplatzbesetzung bestanden wird und gegen jede Kriminalisierung des Widerstandes gekämpft werden muß. Insbesondere unterstützen wir das Bemühen, die Einheit aller AKW-Gegner voranzutreiben, gerade auch gegen die Versuche, zwischen der Einheit von Demokraten und Kommunisten in dieser Bewegung einen Keil zu treiben. Das Lager auf dem Kühlturmgelände muß zu einem Stützpunkt der AKW-Gegner und Bevölkerung der Umgebung werden, in dem zusammen gelebt, gearbeitet und solidarisch diskutiert wird, der Zusammenschluß mit der Bevölkerung entwickelt und gefestigt wird. Das Lager wird dann zum Stützpunkt der AKW-Gegner, wenn es getragen ist vom Geist des gemeinsamen Kampfes und Widerstandes gegen das Atomprogramm und mit dem Bewußtsein gefestigt wird, daß dies ein langfristiger Kampf ist. Deshalb wenden wir uns gegen Versuche, das Lager in ein "Feriencamp" zu verwandeln.

DAS LAGER ZUM FESTEN STÜTZPUNKT DES ENTSCHIEDENEN KAMPFES GEGEN DAS AKW MACHEN